

12. 10. 87

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Stärkung des EWS im Anschluß an die Tagung der Finanzminister von Nyborg

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT,

- A. unter Hinweis auf die Tagung der Finanzminister der EWG vom 12. September 1987 in Nyborg,
- B. in Kenntnis der zahlreichen vom Europäischen Parlament angenommenen Entschließungen zur Stärkung des Europäischen Währungssystems,
- C. angesichts der nach wie vor existierenden Bedrohungen der internationalen Währungssituation aufgrund anhaltender Ungleichgewichte, die die Zahlungsbilanz und den Haushalt der Vereinigten Staaten belasten,
 1. weist darauf hin, daß die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 und die zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendige Rückkehr zum Wachstum eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie die Vollendung des EWS erfordern;
 2. begrüßt daher die in Basel erzielten Vereinbarungen zwischen den Zentralbanken sowie die Übereinkunft der Finanzminister von Nyborg, da diese eine verstärkte Koordinierung der Interventionen innerhalb der Bandbreiten und eine Verbesserung bei der Verwendung des ECU als Zahlungsmittel vorsehen;
 3. nimmt mit Genugtuung den Beschluß zur Kenntnis, auf eine verstärkte Heranziehung von Konvergenzindikatoren bei der Festlegung gemeinsamer Standpunkte zurückzugreifen;
 4. bedauert, daß die finanzielle Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken bislang noch nicht automatisch erfolgt, obwohl dies aufgrund plötzlich eintretender und unvorhersehbarer Spekulationen erforderlich sein könnte;

5. bedauert, daß ähnliche Fortschritte nicht bei der Koordinierung der Zinspolitiken sowie bei den vorbereitenden Arbeiten zur Verwirklichung der weiteren zur Vollendung des EWS erforderlichen Etappen innerhalb noch festzulegender Fristen erzielt werden konnten;
6. hofft, daß der Rat es nicht nur bei diesen defensiven Maßnahmen beläßt und in den nächsten Monaten tätig wird, um gemäß den Vorschlägen der Kommission und vor allem denen des Parlaments eine weitere Stärkung des EWS zu beschließen;
7. fordert erneut die britische Regierung auf, sich nicht mit dem Verbleiben des Pfund Sterling im Währungskorb zufriedenzugeben, sondern sich an den Mechanismen zur Stabilisierung der Wechselkursparitäten zu beteiligen;
8. begrüßt die Absicht der Kommission, im November Vorschläge zur Abschaffung aller Devisenkontrollen und zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten zu veröffentlichen; ersucht die Mitgliedstaaten, eine größere Währungsstabilität statt durch die Einführung von Devisenkontrollen durch die Verwirklichung kohärenterer Wirtschaftspolitiken anzustreben;
9. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Ministerrat und der Kommission zu übermitteln.